

Einzelpreis 15 Pfennig (Auswärts 25 Pf.)

Reichswart

Nationalsozialistische Wochenschrift Organ der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung (A D G) Organ des Bundes Völkischer Europäer / ORGANE DEL' ALLIANCE RACISTE EUROPEENNE

Graf E. Reventlow

Der „Reichswart“ erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis: monatlich durch den Verlag RM 1.—, 60 für Groß-Berlin, durch die Post RM 1.— (ohne Postgeb.). Deutschland monatlich 2 Schilling. Ausland: Vierteljährlich RM 4.20. Anzeigenpreise: Für die 12-zeilige Mittelzeile 10 Pf., die ganze Seite 400 Pf.

Bei Abbestellungen entspr. Aufschlag. Absatz nach Lat. Bestellungen nehmen alle Postämter. Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart“ G.m.b.H. Berlin SW 11, „Europa-Haus“, Eingang Anhalterstraße, 8. Etage (Koblenz) entgegen. — Fernsprecher: H. 1. Jäger 2880. Postkontokonto: Berlin 887 14.

Inhalt: Der Eindruck des 1. Mai / Die „Pakt“krankheit / Transfer und Politik / Japans Anspruch / Vor zwanzig Jahren Unser Außenhandel / Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung (ADG) / Bund Völkischer Europäer (BVE)

Der Eindruck des 1. Mai

In unserem Volk ist 1934 noch stärker und vor allem noch tiefer gewesen als vor einem Jahr. Damals war es das Neue und Ueber-raschende für eigentlich alle Schichten:

Die deutsche Arbeiterwelt sah, soweit sie den marxistischen Fahnen gefolgt war, mit höchstem Staunen, daß die Nationalsozialisten den 1. Mai als den Tag des Arbeiters nicht verbotenen, — wie ihnen ihre Führer gesagt hatten, — sondern ihn von Staats wegen zum all-gemeinen Fest der Arbeit und zum Volksfeiertag machten.

Die sogenannten oberen Schichten mußten an jenem Tage hören, daß der 1. Mai fortan das ganze Volk umfassen und beanspruchen solle; daß der nationalsozialistische Staat auch sie als „Volk“ und nicht als Oberschicht oder obere Klasse betrachte. Ihnen sagte Adolf Hitler am 1. März 1933: es komme nicht darauf an, was man arbeite, sondern wie man arbeite. Und über dem ganzen Tage stand die Mahnung, die über ihn hinausführen sollte: Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter!

Am 2. Mai erfolgte ganz unerwartet die Befehung der Gewerkschaftshäuser usw. und gab den Gegenkräften Anlaß, zu verbreiten: da sehe man, daß die Nationalsozialisten doch nur Reaktionen seien. Adolf Hitler nahm am 1. Mai dieses Jahres Bezug hierauf und sagte zur deutschen Arbeiterschaft gewandt, im Laufe des nun vergangenen Jahres sei es wohl klar geworden, weshalb der Nationalsozialismus damals die Gewerkschaften erledigt habe und im Anschluß daran das ganze Parteiwesen:

„Wir haben damit das deutsche Volk von unend-lich viel innerem Streit und Hader erlöst, der niemanden nützte außer den direkten Interessenten, dem ganzen Volke aber stets verhängnisvolles Unheil zufügte“. Der Reichskanzler hat recht: außer jenen politischen und geldlichen Interessenten hat der Arbeiter in der Tat jenes Vorgehen des vorigen Frühsummers verstanden.

Am 1. Mai 1933 konnte Adolf Hitler in der Hauptsache nur sagen, was er sich vorge-setzt habe und was geleistet werden müsse. Doch, ein Jahr später konnte er darauf hinweisen, was bis jetzt geleistet worden ist, und daß das Geleistete weit hinausgegangen ist über die Erwartungen; und wiederum hatte er recht, als er aussprach: daß nur der „unermessliche Wille, den keine Not mehr beugen kann“, den großen Erfolg des vergangenen Jahres erreichen konnte und die Zukunft gestalten kann.

Nach Zurückweisung unfruchtbarer Kritik von solchen, die es nur schlechter, aber nicht besser machen konnten als der Nationalsozialismus, hob Adolf Hitler das Ziel hervor, das gegen-seitige Vertrauen und das des Volkes zur Regierung zu befestigen. Er bezeichnete hiermit den Punkt, auf den für die Zukunft so gut wie alles ankommt. Adolf Hitler konnte darauf hinweisen, daß der Nationalsozialismus Millionen einstiger Gegner die Hand gereicht habe, „und so wie wir fünfzehn Jahre als Partei um das Vertrauen der Volksgenossen gerungen haben, so ringen wir jetzt und in der Zukunft weiter um das Vertrauen der Nation.“

Einen der Höhepunkte des begeisterten Beifalles zur Rede des Führer bildete die folgende Stelle:

„Es wird heute vielleicht mancher Arbeiter und Unternehmer nicht verstehen, wieso wir diesen ersten Mai zu einem Feiertage proklamieren, der vom Arbeitgeber bezahlt werden muß. Ich möchte

Ihnen hier die notwendige Aufklärung sagen. Die deutsche Wirtschaft hat früher mit Hunderten von Millionen Mark jährlich den Streit und Hader der Organisationen untereinander bezahlt, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zerrissen und in zwei feindliche Streiter verwandelt haben. . . Es ist nur ein ganz kleines Opfer, wenn dafür die Unternehmer ihren Mitarbeitern den Tag vergüteten, der ein Symbol sein soll für die Ueberwindung dieser Kämpfe und für die Herstellung einer wahren Volksgemeinschaft.“

Diese Sätze bedeuten ja nicht allein, daß das Unternehmertum zu Recht den 1. Mai zu be-zahlen hat, sondern es war vor allem der aus-ihnen sprühende Geist sozialer Gerechtigkeit, das Volksgefühl, die bei diesen Sätzen immer wieder beispiellosen Beifall hervorriefen.

Ähnliches gilt für die Ausführungen Adolf Hitlers über den Arbeitsdienst: „Wir wollen vor allem aber die Deutschen aus Lebens-stellungen, die keine körperliche Arbeit leisten, zwingen, die körperliche Arbeit kennenzulernen und damit Verständnis zu finden für jene Volks-genossen, die auf dem Acker oder irgendwo in der Fabrik oder Werkstatt stehen. Wir wollen in ihnen sinnfällig den Hochmut abtöten, mit dem leider so viele Intellektuelle auf die Handarbeit herabsehen zu müssen glauben, und wollen aller-dings bei ihnen auch das Selbstvertrauen stär-ken durch das Bewußtsein, ebenfalls körperliche Arbeit leisten zu können. Darüber hinaus aber wollen wir dadurch zur Verständigung der ein-zelnen Klassen beitragen, um das Band der Volksgemeinschaft zu verstärken.“

Die Organisationen der SA und SS, der Aufbau unserer Arbeits-front, sie sind nationale und ge-sellschaftliche Schmelztiegel, in denen doch allmählich ein neuer deutscher Mensch heran-gebildet wird. Und was uns mit der heutigen Generation nicht gelingt, werden wir mit der

kommenden vollenden. Gläubigen Herzens und starken Sinns soll diese Jugend einst ein besseres Glied der Geschlechterkette unseres Volkes sein als wir selbst es waren und heute vielleicht sein können.“

Die letzten Worte scheinen einem Berliner Blatt etwas von Resignation zu enthalten. Nein, wahrhaftig nicht, sondern es handelt sich da lediglich um eine klare Erkenntnis und den selbstverständlichen Mut des Füh-rers, diese auszusprechen. Wir leben in einem Uebergang, nicht sowohl der Ein-richtungen und Maßnahmen, als der Gene-rationen. Die ältere Generation wird nur in Ausnahmefällen nationalsozialistisch denken und fühlen können und — wollen. Solange bis diese ältere Generation verschwunden ist, wird an-nähernd vollständige Einheitslichkeit einer Ge-sinnung im Zeichen des Nationalsozialismus nicht erreicht werden können. Erst die auf-gewachsene jetzige Jugend kann sie bringen.

Immer wieder kam Adolf Hitler, von verschie-denen Gedankenreihen ausgehend, auf das Ziel der Volksgemeinschaft zurück: „Vor allem aber möge die Vorsehung unsere sehnsüchtigste Hoffnung in Erfüllung gehen lassen, daß unsere deutschen Menschen sich immer mehr zusammenfinden in gegenseitiger Nachsicht und in gegenseitigem Ver- stehen, um endlich das Ziel zu erreichen, für das unser Volk seit Jahrtausenden kämpfte, viele Generationen litten und Millionen sterben mußten.“

Nie ist Adolf Hitler dem Gefühl und Verständ-nis unseres Volkes näher gewesen als am 1. Mai 1934, und nie hat dieses ihn tiefer und klarer als den Mann empfunden, der führt, mitreißt, weiß wohin er will und arbeitet, dabei nicht über dem Volk stehen oder schweben will, sondern zur selben organischen Substanz gehört, nur eben der Erste ist.

teilhaft für beide Teile halten. Seine unglaub-liche Deutschtum Herrn Eugenbergs haben wir rücksichtslos verurteilt, nicht nur ihren Wirkungen nach, sondern auch an sich. Zu einem solchen deutsch-russischen Verhältnis ge-hört aber auch eine klare und ehrliche Grundlage. Eine solche ist für uns Vor-aussetzung schlechthin. Sie wird aber nicht durch den russischen Paktvorschlag herbeigeführt, im Gegenteil herrscht bei jenem Paktvor-schlag jener im Grunde gegen Deutsch-land gerichtete Hintergedanke vor, mangelt es also an der nötigen Aufrichtigkeit.

Eine Annahme, des Paktes durch Deutsch-land würde in der Welt den Eindruck gemacht haben, daß die deutsche Regierung „moralisch“ gezwungen den Pakt annehme und ihn äußer-lich dankbar begrüße, um ihre schlechte Reputa-tion in der Welt wieder herzustellen; während in der Tat die Hitler-Regierung niemals der-artige Absichten gehabt hat.

Ueber den Stoff von einem oder mehreren Staaten einen Pakt zur Erhaltung von deren Unabhängigkeit und Integrität zu machen, er-innert verzwweifelt an jene vor dem Kriege üblichen „Unabhängigkeitsverträge“, zum Beispiel zwischen Rußland und England 1905 über Persien: Persien wurde feierlich für unabhängig erklärt, während die beiden Groß-mächte gleichzeitig sich das persische Gebiet in „Interessensphären“ einteilten und ihm de facto die Unabhängigkeit nahmen. Noch neuerlich formulierten wir aus anderem Anlaß: wenn die Götter die Unabhängigkeit nehmen wollen, den erklären sie für unabhängig! — Daß die Baltischen Staaten ihrerseits sich nicht gerade geehrt und erfreut fühlen können, in solcher Weise als Objekt von Groß-mächten behandelt zu werden, be-darf wohl keiner Erwähnung.

Die Abkühlung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem russischen Reiche haben wir seinerzeit aufrichtig und ernst be-dauert und als nachteilig für beide Mächte dargelegt. Das eigentlich Entscheidende für die Schwierigkeiten einer aufrichtigen Wie-derannäherung liegt, mehr noch als im wirtschaftlichen Verhalten Rußlands, im Ab-schluß jenes Abkommens mit Frankreich, das politisch wie militärisch seine Spitze gegen Deutschland richtet. Heute scheint, als ob besonders die russischen Armeeautoritäten nicht sehr erfreut über diese Beziehung sind, aber solange diese Abkommen in ihrer deutsch-feindlichen Schärfe bestehen, bedürfte es schon eines anderen russischen Vorgehens als jenes sonderbaren Paktvorschlages.

Übrigens: uns scheint, daß die Mode der Nichtangriff= und sonstiger „Pakte“ einigermassen vorbei sei. Seit eini-gen Jahren verhalten sich beinahe alle Staaten nach so gut wie allen Seiten. Mindestens ein paar Pakte geschlossen zu haben ist heute schon ein rein konventionelles Erfordernis für jede Macht, die etwas auf sich hält, geworden. Man vergibt Pakte wie Dekorationen. Besonders hat Rußland höchst ausgiebigen Gebrauch von dieser Mode gemacht. Je mehr Pakt-schlüsse gemacht werden, desto gründlicher und schneller wird diese Errungenschaft moderner Technik sich entwerfen.

Die „Pakt“krankheit

Zum russischen Angebot.

Rußland, so erfuhr man neulich aus der Telegraphen-Union der Sowjet-Regierung, hat Anfang März der deutschen Regierung den Vorschlag gemacht, mit der russischen zusam-men ein Protokoll zu unterzeichnen über die Unabhängigkeit und Unversehrtheit der Baltischen Staaten. Die deutsche Regierung habe abgelehnt. Die Absicht der Sowjet-Regierung mit diesem Vorschlage sei gewesen, die russisch-deutschen Beziehungen zu bessern. Die Ablehnung der deutschen Regierung ist wie folgt begründet worden: die Sicherheit der Baltischen Staaten sei nicht bedroht, folgerichtig liege auch kein Anlaß zu einem derartigen deutsch-russischen Pakt vor. Außerdem habe man russischer-seits die Baltischen Staaten vorher gar nicht befragt. Den Wunsch der russischen Regierung nach besseren Beziehungen teile man in Berlin durchaus und wünsche ein für beide Teile-nubringendes und freundschaftliches Verhältnis. „Eine gleiche Einstellung in Moskau, die eine Frage des politischen Entschlusses ist, dürfte das beste Mittel sein zu einer Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden Ländern.“

Wenn die deutsche Regierung ferner ihrer Ueberraschung über den plötzlichen russischen

Vorschlag Ausdruck gegeben hat, so kann man das nur vollkommen ver- stehen. In der Tat sind ja die Baltischen Staaten von niemanden bedroht. Nach den französischen und russischen Aus- sserungen jedoch, daß Deutschland für eine frühere oder eine spätere Zukunft Er-oberungsabsichten auf das Baltikum hätte, sieht die russische Aufforde-rung zu einem solchen Pakt danach aus, und soll es ohne Zweifel, als ob Rußland als Protektor der Unabhängigkeit und Integrität der Baltischen Staaten auftritt, um das erobe-rungsstüchtige Deutschland durch er-kenntnis-solchen Pakt festzulegen, zu zwingen: seine verbrecherischen Gelüste ent-weder durch Annahme des Paktes aufzugeben oder durch dessen Ablehnung sich vor der ganzen Welt zu brandmarken.

Es muß mit aller Genauigkeit anerkannt werden, daß die deutsche Regierung sich dieser kaum verschleierte russischen Druckaktion nicht gefügt hat. Den Lesern des „Reichswart“ brauchen wir nicht zu sagen, daß wir nach wie vor ein möglichst gutes und festes Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland für sehr erwünscht und vor-

Transfer und Politik

Am 27. April brachte die Londoner Presse die Mitteilung und zwar in großer Aufmachung: die Großbritannische Regierung habe durch ihren Berliner Botschafter der Deutschen Regierung ihre ernstesten Besorgnisse für den Fall zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland unter Umständen beabsichtige, einen Ausschub (Moratorium) für den Transfer der Zinsen der Dawes- und Young-Anleihe zu verlangen. Unmittelbar darauf hat auch der französische Botschafter zu Berlin derselben „Besorgnis“ Ausdruck gegeben.

Die Presse beider Länder erklärte, der Zinsendienst und dessen Transferierung in Devisen der Dawes- und Young-Anleihe müsse von Deutschland bevorzugen behandelt werden, die Devisennot in Deutschland sei lange nicht so groß, wie Herr Schacht sie dargestellt habe, für England liege die Sache aber von höchster Bedeutung, da man rund 24 Millionen englische Pfund in diesen beiden Anleihen investiert habe.

Die deutsche Presse hat mit Recht geantwortet, daß bis jetzt tatsächlich die Transferierung der Zinsen für die beiden Anleihen deutscherseits bevorzugt behandelt worden sei, die deutsche Devisennot jedoch nicht durch Ermahnungen und Drohungen beseitigt werden könne, sondern nur, falls Deutschland Gelegenheit zu genügender Ausfuhr erhalte. Zur Erklärung sei noch besonders betont, daß es sich nicht etwa darum handelt, daß Deutschland seine Zinsen nicht oder verspätet zahle, sondern nur um die immer mehr schwindende Möglichkeit die in deutscher Mark geleisteten Zinszahlungen in ausländische Währung zu übertragen. Auch daran sei erinnert, daß Adolf Hitler stets betont hat: das nationalsozialistische Deutschland werde selbstverständlich keine Zinspflichten nach Maßgabe seiner Kräfte erfüllen.

War es schon an sich auffallend, daß diese Schritte Großbritanniens und Frankreichs mitten in der jetzigen politischen Spannung unternommen wurden, so mußte ein Aufschlag der „Times“ besondere Aufmerksamkeit erregen, in dem es hieß: Deutschland bedürfe doch jetzt im höchsten Grade der übrigen Welt und Englands im besonderen und müsse deshalb in dieser Geldfrage nachgeben. Das bedeutet natürlich eine Daumenschraube für Deutschland, jedenfalls, daß man eine solche anzusehen sich überlege. Vor einigen Wochen wurde hier schon die

Auffassung eines erheblichen Teils der französischen Presse erwähnt: bevor Deutschland ungeheure Summen für Stärkung seiner Wehrkraft auswerfe, möge es gefälligst seine Zinsen zahlen. Einige französische Blätter, darunter das „Echo de Paris“, meinten: vielleicht sei zu hoffen, daß die wachsende deutsche Finanz- und besonders Devisennot die deutsche Unternehmungslust auf dem politischen und militärischen Gebiete dämpfen werde. Beide Länder wissen genau, daß der Ursprung der deutschen Devisennot sich hauptsächlich in dem jüdisch geleiteten Weltbankrott gegen Deutschland begründet, und es ist sicher nicht anzunehmen, daß die beiden Regierungen gegen diesen Weltbankrott auch nur das Geringste gesagt, geschweige denn unternommen hätten; im Gegenteil! Das hindert sie nicht, in Berlin „ernste Vorstellungen“ wegen der deutschen Transferummöglichkeit zu erheben, die sie selbst verursacht haben und jeden Tag weiter verursachen. Nun, das sind die bekannten Methoden, die wir noch aus der Dawes-Zeit kennen.

Alles in allem erscheint die Verknüpfung des Transfers der Zinsen der Dawes- und Young-Anleihe mit der englischen und französischen Außenpolitik kaum bestreitbar. Diese beiden Gebiete und ihre Interessen müssen sich hier bemerkenswert und nicht ganz klar entwirrbar durcheinander.

Auf die Nachricht von dem britischen Schritt in Berlin sind die Dawes- und Young-Anleihe an der Börse sofort erheblich gestiegen. Daraus kann geschlossen werden, daß man in England und auch in Frankreich an den Ernst der britischen Mahnung und Drohung glaubt; oder aber es könnte auch sich um ein gewöhnliches Börsenmanöver handeln: die Kurse zunächst hochzutreiben, die Papiere zu verkaufen. Die sofortige französische Beteiligung an dem britischen Schritt in Berlin könnte auch damit erklärt werden, daß man in Paris von dem Ernst desselben überzeugt sei. Das weitere bleibt abzuwarten und die Entwicklung der Angelegenheit wird wohl auch die wahren Gründe und Ziele erkennen lassen. In England und Frankreich pflegt man in Geldangelegenheiten keinen Spaß zu verstehen, aber andererseits kennt man dort die deutsche Lage ja ganz genau und deswegen erscheint der Hintergrund der Mahnungen zu Berlin doch stark nach politischer drohender Andeutung auszugehen.

Japans Anspruch

Am 18. April erließ der japanische Außenminister folgende Erklärung:

„Japan glaubt, daß es die natürliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten hat. Angesichts der Tatsache, daß die Wiederherstellung der Ordnung in China von China selbst abhängt, wird sich Japan jeder Handlung der chinesischen Regierung widersetzen, die dem Frieden im Fernen Osten zuwiderläuft. Auch wird Japan sich genötigt sehen, gegen alle Maßnahmen anderer Mächte Einspruch zu erheben, die geeignet wären, den Frieden im Fernen Osten zu stören, wie zum Beispiel die Versorgung Chinas mit Militärflugzeugen, militärischen Instrukteuren und die Gewährung von Darlehen für nichtwirtschaftliche Zwecke.“

Einerlei, wie die weitere Entwicklung sich gestalten mag, — es handelt sich hier um eine Erklärung der Großmacht des Fernen Ostens: Japan, von geschichtlicher Bedeutung. Diese Erklärung tritt in ein besonders helles Licht, wenn wir uns an den japanisch-chinesischen Krieg im Jahre 1894/95 erinnern. Damals legte Japan seine erste moderne militärische Probe durch seinen Sieg über China ab. Als es die Früchte des Sieges pflücken wollte, legten sich die drei Großmächte: Rußland, Frankreich, Deutschland ins Mittel, machten den Krieg für Japan beinahe ertraglos, mit der festen Absicht, eine irgendwie einflußreiche japanische Dauerfassung auf dem ostasiatischen Festland nicht zu dulden.

Heute, beinahe vierzig Jahre später, erklärt das japanische Außenministerium sämtlichen Mächten und Großmächten der Welt, daß Japan ihnen verbiete, mit China in irgendwelchen Beziehungen zu treten, die der japanischen Nation aus irgend einem Grunde als seinen Interessen zuwiderlaufend erschienen. Das ist der tatsächliche Sinn dieser Erklärung, denn Japan hätte es natürlich in der Hand, je nach Belieben zu erklären: diese oder jene Verbindung einer anderen Macht mit China gefährdeten, oder seien geeignet, den Frieden im Fernen Osten zu gefährden.

Die fortschreitende Steigerung des japanischen Herrschaftsanspruchs auf den Fernen Osten hat der „Reichswehr“ während der letzten Jahre verfolgt. Wir konnten feststellen, daß Japan immer dann einen neuen Schritt tat, wenn es seiner Sache sicher war, daß ein Rückschlag unmöglich sei. Auch die neue Er-

klärung des japanischen Außenministers ist ohne Zweifel das Ergebnis eines gründlichen Durchdenkens der politischen und wirtschaftlichen Lage und besonders der politischen Machtverhältnisse der Welt. Das Ergebnis solcher Überlegungen ist, so kann man mit einiger Sicherheit annehmen, das folgende gewesen: keine der übrigen Mächte hat die Macht und die sonstigen Möglichkeiten, gegen Japans Willen im Fernen Osten einzugreifen; eine große Kombination der Mächte gegen Japan steht außer Betracht, und selbst wenn eine solche zustande kommen könnte, so würde es Japan leicht sein, sie zu sprengen. Japan ist gerüstet und hat alle Eventualitäten eines Machtkampfes überlegt. Zweitens: die vollkommene Unterwerfung Chinas, seine feste Einordnung in das japanische Herrschaftssystem über Ostasien ist bis jetzt noch nicht möglich gewesen, die japanischen Anstrengungen haben viel Geld und Blut gekostet, weil die anderen Mächte China unterstützen, sei es wirtschaftlich, sei es politisch, sei es mit Kriegsmaterial, mit Instrukteuren oder Verträgen. Wir Sapaner können alle diese Hilfsquellen an China abschneiden, China von allen solchen Verbindungen abschneiden und dadurch seinen Widerstand gegen die japanische Oberherrschaft in wahrscheinlich kurzer Zeit zum Erlöschen bringen. Wenn Japan das aber kann, so ist es seine Pflicht, das zu tun, denn der natürliche Zustand Ostasiens wird erst durch die unbedingte Vorherrschaft Japans hergestellt! — So etwa mag die japanische Argumentierung sein. Vor einigen Monaten zitierten wir aus einer Note der großen chinesischen Kaiserin Tschü, die sie im Jahre 1900 zur Zeit der sogenannten Boxer-Unruhen an die japanische Regierung richtete, um Japan zu gemeinsamem Widerstande mit China gegen die „weißen Teufel“ zu bewegen. Da bediente sie sich des Ausdrucks: China und Japan gehörten zusammen wie die Lippen und die Zähne. Die japanische Regierung ging damals andere Wege und vereinigte sich mit den „weißen Teufeln“, um seinen Anspruch in China zu wahren. Japan war damals nicht annähernd stark genug, um etwa an der Seite Chinas gegen die Fremden die Waffen zu ergreifen. Nach den Unruhen von 1900 schloß Japan sogar das Bündnis mit England und ist auf diesem Wege stark genug geworden, um 1904/05 siegreich den Krieg gegen Rußland zu führen und damit durch eigene Kraft in die Reihe der Großmächte einzutreten.

Seute ist die Lage vollkommen umgekehrt. Was die alte Kaiserin von China als Grundsatz aufgestellt hatte, die Zusammengehörigkeit Chinas und Japans, das bildet auch für das heutige Japan eine politische Wahrheit, aber unter der Voraussetzung, daß Japan dieses Zusammenherstellen, regelt und beherrscht und den gesamten Fernen Osten repräsentiert und als riesiges Ganzes garantiert; alle fremde Einmischung entfernt und fern hält.

Es ist kein Wunder, daß man in China protestiert. Die Chinesen haben sich niemals unter die Herrschaft der Fremden beugen wollen, die sie niemals anerkannten. Sie wollen auch nicht die japanische Herrschaft. Der Japaner ist dem Chinesen vielfach verhaßt, er verachtet ihn als minderwertig und weiß aus Erfahrung, daß die japanische Faust hart ist. China protestiert bei den Mächten, es will sich nicht als selbständiges Lebewesen auslösen lassen und wendet sich an die Mächte, an die „Welt“. Diese „Welt“ hat das gleiche Interesse wie China selbst, freilich aus weniger idealen Gründen als der Unabhängigkeitswillen des chinesischen Volkes. Die Mächte haben in China ihre sehr großen „Interessen“ — dieser herrliche Ausdruck aus den Zeiten des Liberalismus — zu wahren, zu vertreten und, so weit möglich, zu schützen. Es handelt sich für sie freilich nicht mehr darum, wie 1900 nach dem Wort des Fürsten Bülow „den Kuchen zu teilen“, sondern im großen und ganzen um den chinesischen Markt.

Die Mächte halten, nach wie vor, ihre Forderung der „offenen Tür“ (open door) aufrecht: die Freiheit des Handels in China. Es ist nicht anzunehmen, daß Japan diese offiziell ablehnt, aber selbstverständlich können die Japaner, wenn sie nur wollen, den Handel der anderen Mächte in China auf das empfindlichste behindern und schädigen, schon indem sie, wie die japanische Erklärung sagt, alle Einfuhr nach China verbieten, welche nach japanischer Ansicht die chinesische Widerstandskraft stärken könnte. Ganz abgesehen von der japanischen Handelskonturrenz in China, welche die japanische Regierung natürlich mit allen möglichen Mitteln zu

fördern bestrebt ist. Zum fremden Handel in China gehören: Verkehr mit den Behörden, Einwirkungen auf die Machthaber usw. Es liegt auf der Hand, daß Japan gerade hier, an diesen ebenso wichtigen, wie empfindlichen Punkten einsetzt und alle derartigen Beziehungen chinesischer Behörden mit fremden Mächten unterbände oder allmählich erstickt.

Man kann sich also nicht wundern, daß die anderen Mächte, besonders England und die Vereinigten Staaten, in großer Erregung über die japanische Erklärung sind, sogenannte beruhigende Erklärungen ändern nichts daran. Die japanischen Methoden kennen gerade diese beiden angelsächsischen Mächte lange und gründlich genug. Sie wissen, daß Japan, jedenfalls das offizielle Japan, nichts Unüberlegtes und nichts Unvorbereitetes in die Welt hinausgibt und nichts, zu dessen Durchführung es nicht entschlossen ist, und darauf kommt es an.

Es ist möglich, daß früher oder später Vorstellungen und gemeinsame „Schritte“ der Mächte erfolgen und Japan auf sie liebenswürdig und hinhaltend antwortete. Das würde an der Lage und der tatsächlichen Entwicklung der Dinge nichts ändern, welche die Zukunft uns wohl bald zeigen wird.

Deutschland weiß, daß alles, was im Fernen Osten geschieht, auf dem Boden der mehr oder minder verhängten Machtfrage steht, durch diese und die Auffassung der Mächte von ihr bestimmt wird. Wir Deutschen haben, glauben wir, Anlaß zur Auffassung, daß unser Handel in China durch Japan nicht behindert werden wird, denn er ist weder direkt noch indirekt mit Politik verbunden. Der japanische Einspruch gegen fremde Militärinstrukturen in China berührt das Deutsche Reich nicht, denn deutsche Instrukteure usw. in China sind dort auf eigene Hand hingegangen. Das Deutsche Reich kann im Streit der Mächte um den Fernen Osten in der Hinterhand bleiben, hat auch keinerlei Anlaß, für Japan oder für China Partei zu nehmen. Wir haben selbst genügend zu tun und denken nicht daran, den politischen Hans in allen Weltgassen zu spielen.

Vor zwanzig Jahren

(Die serbische Frage.)

Die Bedeutung dieser Frage wurde in Deutschland schwer unterschätzt, in der Regierung und noch mehr in der öffentlichen Meinung. Man hatte überhaupt eine souveräne Berachtung den Balkanvölkern gegenüber und ganz besonders gegen die Serben, die „Sammeldiebe“, wie sie nach Vorgang des Diplomaten, Herrn von Riederlen-Wächter ungeschicklich, taktlos und unbedacht genannt zu werden pflegten.

Wir erinnern uns aus dem Frühjahr 1914 der Broschüre eines deutsch-österreichers, der von einer Reise Serbien und die Serben schilderte und besonders sich des Spottes über den serbischen Soldaten und Offizier nicht genug tun konnte: eine Operetten-Armeer, — nichts weiter. Und dieses Urteil wurde gefällt trotz der großen militärischen Leistungen der Serben in den Balkankriegen der vorhergehenden Jahre. Als der erste Balkankrieg begann, war man in Berlin behaglich sicher überzeugt, daß gar nichts dabei herauskommen werde. Der damalige Staatssekretär Riederlen-Wächter, der im Ruf eines gründlichen Balkanlenkers stand und nicht minder gründlich die Orientverhältnisse beherrschte, war überzeugt, daß die verbündeten Balkanstaaten auf der einen, die Türkei auf der anderen Seite sich gegenseitig bis zur Erschöpfung schlagen würden und es beim alten Gebietszustand auf der Balkanhalbinsel bleiben würde. Hieraus hätten die Großmächte streng zu halten, außerdem darauf, daß die Gegner naher die „Brandstätte“ zu reinigen hätten. Zum Entsetzen des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns ergab der Kampf bald den Zusammenbruch der europäischen Türkei. Durch späteres Eingreifen Rumäniens kam Serbien zunächst um seinen Siegespreis, aber immerhin hatte sich der serbische Soldat und die ganze serbische Nation kriegerisch aufs höchste bewährt, wie übrigens immer in seiner Geschichte.

Die österreichisch-ungarische Kriegspartei war bereits seit dem Jahre 1908, der bosnischen Krise, der Ansicht, daß man mit Serbien, je schneller und gründlicher desto besser, kurzen Prozeß machen müsse. Mit dem Worte „Bosnische Krise“ zwingt man uns, auf deren Ursachen zurückzugehen: die österreichische Bewegung und deren Zusammenhänge mit der Balkan- und Orientpolitik der Großmächte England, Rußland und Frankreich, bis zu einem gewissen Grade auch Italiens.

Großbritannien und Rußland betrieben seit dem Jahre 1905 im Einverständnis eine Balkanpolitik, die sich auf Vernichtung der Türkei richtete, jedenfalls auf ihre Vertreibung aus Europa, umgekehrt auf Stärkung der Balkanstaaten, in erster Linie Serbiens. Diese Politik war antiosterreichisch und antideutsch, politisch, wirtschaftlich und militärisch. Jede Stärkung Serbiens und seiner Bundesgenos-

sen auf dem Balkan bedeutete Beeinträchtigung der Stellung Österreich-Ungarns eben dort und nicht nur das, sondern in weiterer Entwicklung die Lebensfrage für die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie, und zwar aus folgenden Gründen:

Nach dem russisch-türkischen Kriege der siebziger Jahre wurde auf dem Berliner Kongress die Grenz- und Gebietsfrage auf der Balkanhalbinsel neu geregelt, wesentlich auf Kosten der Türkei. Österreich-Ungarn erhielt Bosnien und die Herzegowina, nicht als Gebietszuwachs, sondern als „Okkupationsgebiete“ bei unbeschränkter Dauer der Okkupation. Staatsrechtlich blieben die Gebiete jedoch Teile des türkischen Reiches. Als mit der Jungtürkischen Revolution auch der großserbische Gedanke gewaltig aufblühte, proklamierte Kaiser Franz Josef auf Betreiben seines Außenministers Legat von Lehrenthal die staatsrechtliche Angliederung der Okkupationsgebiete an die Doppelmonarchie. Hieraus ergab sich die „Bosnische Krise“, die nur deshalb damals nicht zum Weltkriege führte, weil weder Rußland noch Frankreich zum Kriege bereit waren.

Für das serbische Volk bedeutete die Angliederung der Okkupationsgebiete an Österreich-Ungarn einen suchtbaren Schlag. In diesen Gebieten, besonders in Bosnien, war serbische Bevölkerung vorwiegend. Ihre Vereinigung mit dem damaligen serbischen Staat war die glühende Hoffnung aller Teile des serbischen Volkes und das dauernde Ziel aller serbischen Politik, unterstützt von der russischen, der englischen, der französischen und der italienischen: Großerbien mußte kommen! — Österreich-Ungarn durfte nicht weiter gegen Süden vordringen, sondern mußte von der Balkanhalbinsel verschwinden. Durch den Weltkrieg ist das alles bekanntlich erreicht worden.

Das Serbien von 1914 war tatsächlich in einer niederdrückenden und auf die Dauer verzweifelten Lage. Serbien war vom Meere völlig abgeschnitten. Sein Wunsch nach einem Korridor bis zur Adriatischen Küste war an Österreich-Ungarns Widerstand gescheitert; der serbische Staat sah sich wirtschaftlich so gut wie ausschließlich auf eben Österreich-Ungarn angewiesen. In Wien zeigte man das Interesse, Serbien auch in dieser Hinsicht dauernd zu drücken, es ebenfalls nicht an kleinlicher Quälerei festzuhalten. So wuchs der Haß beständig. Der Zusammenhang der bosnischen Serben mit dem Königreich Serbien war immer intimer gewesen und je schwieriger die serbischen Verhältnisse wurden, desto fester gestaltete sich dieser völkische Zusammenhalt; das wird in einem folgenden Aufsatz näher geschildert werden. Die serbische Hoffnung lag vor allem bei Rußland, von wo den Serben auch immer wieder verpro-

Jeden Abend

Chlorodont

Jeden Morgen

hen wurde, man werde an sie denken, sie seien der Exponent der Slaventums auf der Balkanhalbinsel. Die Verbindung zwischen Serbien und St. Petersburg wurde auf das intimste gepflegt. „Die Zeiten Eures Glücks werden kommen“, sagte der russische Außenminister Sazonow dem berühmten serbischen Ministerpräsidenten Pašičić. Und beide wußten, daß mit dem großen Kriege, der allein „das Glück“ den Serben bringen sollte, nur gewartet wurde, bis die Ententemächte militärisch bereit waren.

Der völkischen Lebensfrage Serbiens stand nun die staatl. Lebensfrage Oesterreich-Ungarns, wie anerkannt werden muß, gegenüber. Die österreichisch-ungarische Staatsmannschaft erblickte in der Annexion der „Okkupationsgebiete“ eine notwendige vorausschauende Schutzmaßnahme. Angesichts der Fortschritte der revolutionären Bewegung in der Türkei und der entsprechenden Schwächung ihres staatlichen Gefüges der antilürkischen Partei der Großmächte, der serbisch-völkischen Bewegung hielt man die staatl. Angliederung der Okkupationsgebiete für Lebensnotwendigkeit.

Ob man sich auch über die Gefährlichkeit dieses Schrittes klar war, ist angesichts der Wiener Ueberheblichkeit eine andere Frage. Hinter dieser Ueberheblichkeit stand freilich immer der Gedanke: sollte eine gefährliche Lage einmal eintreten, so muß der große deutsche Bruder die Sache eben so oder so in Ordnung bringen; dazu ist er ja da!

Andererseits müssen die Gefahren der Lage der Doppelmonarchie ohne weiteres anerkannt werden. Ihre inneren Verhältnisse wurden immer prekärer, die zerfallenden Kräfte: Serben, Tschechen, Polen, Slowenen, Slowaken etc., Marxisten — immer stärker; 1913 sagte der Abgeordnete der russischen Duma, Purišewitsch: der „Glimmonarchie“ müsse demnächst ein Ende gemacht werden. Die Serben nannten Oesterreich-Ungarn „die zweite Türkei“, diese hieß der kranke Mann des Orients, die Doppelmonarchie: „Der kranke Mann Europas.“

Hätte die österreichisch-ungarische Regierung in jenen Jahren den Dingen auf der Balkanhalbinsel ihren Lauf gelassen, die Okkupationsgebiete nicht annektiert, sondern staatsrechtlich bei der zerfallenden Türkei gelassen, so wäre die Entwicklung und die Großwerdung der serbischen Propaganda in Bosnien, in der Herzegowina, auch im damaligen Ungarn und in Dalmatien unabsehbar geworden und damit auch die Gefahr für Oesterreich-Ungarns Großmachtstellung; mit dem Verlust seiner Balkanstellung wäre unter allen Umständen zu rechnen gewesen. Andererseits würde durch dieses Zeichen der Schwäche ermutigt, die tschechische Bewegung mit um so größerer Energie auf die Zerkümmern des Habsburgerreiches gerichtet worden sein. Kurz, Lebensgefahr für das österreichisch-ungarische Staatsgebilde war vorhanden und wuchs. Es konnte sich, wie wir heute die Dinge sehen, nur um ein Hinhalten handeln.

Die österreichischen Militärs, zum Teil auch die Diplomaten, denen die politische Zukunft undurchdringlich schwarz erschien, drängten darauf, dem Staat Serbien bei einer sich bietenden oder zu schaffenden Gelegenheit durch Krieg ein Ende zu machen. Während der Balkankriege drängte Wien dauernd darauf hin und, nur mit Mühe wurde ein derartiger Streich durch Berliner Einspruch gehindert. In Wien bestand eben dauernd jene leichtfertige Auffassung: mit Serbien werde man im Umsehen fertig sein, für den Fall europäischer Komplikationen sei das Deutsche Reich da.

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Leiter der Politik des Deutschen Reiches sich mehr und mehr von den ebenso gewandten, wie leichtfertigen und oberflächlichen österreichischen Diplomaten begeben hatten. Es war der Fall eingetreten, wie ihn Bismarck im dritten Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen“ angesichts der damaligen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Wien und Berlin schon gekennzeichnet hatte. Die Bosnische Krise hatte den Anfang dieses gefährlichen Kurzes gebildet, denn Bülow war damals mit dem ganzen Gewicht des deutschen Reiches für Oesterreich-Ungarns Balkanstellung eingetreten, hatte sich nicht mehr in der „Hinterhand“ gehalten. Darin lag eine große Gefahr, — es war ein folgenschwerer Fehler. Wie groß Gefahr und Fehler waren, hat der Sommer 1914 gezeigt. Von Jahr zu Jahr mehr hatte die deutsche Politik die österreichischen Balkansorgen und Gefahren als ihre eigene Sache behandelt. Gewiß gab es auch die andere Seite: eben in jener Balkanfrage bzw. serbischen Frage stand die Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns auf dem Spiel, Deutschland könne, so sagte man damals, nicht dulden, daß Oesterreich-Ungarn als Großmacht verschwände. Gewiß mußte die damalige deutsche Politik, wollte sie Oesterreich als Großmacht und Bundesgenossen behalten, diesen Gesichtspunkt aufstellen. Dann aber war es ebenso eine Notwendigkeit und eine Pflicht der deutschen Regierung: eben dieses Oesterreich-Ungarn fest unter die eigene Führung zu nehmen und sie Wien gegenüber zur Bedingung zu machen. Ob das damalige Deutschland grundsätzlich eine andere Politik treiben und seine Stellung zu Oesterreich-Ungarn überhaupt von Grund aus hätte ändern müssen, das ist eine Frage, die in diese Betrachtung nicht hineingeht, auch ziemlich müßig ist. Erwähnen wollen wir nur, daß in jenen letzten Jahren vor dem Kriege in manchen deutschen Kreisen, ebenso wie in russischen der Gedanke erörtert wurde, mit Rußland auf Kosten des Habsburger Reiches eine enge Beziehung einzugehen.

Unser Außenhandel

Auf dem Weltmarkte herrscht heute allgemein das, was man sonst im Geschäftsleben als schmutzige Konkurrenz bezeichnet: es wird zu Schleuderpreisen auf Kosten der Binnenwirtschaft und der Inlandspreise verkauft.

Jedes Land sucht mit allen erdenklichen Mitteln die niedrigen Verkaufs- und Kampfpreise des Weltmarktes zu halten. Einzelne Länder, wie England und die wirtschaftlich von ihm abhängenden Staaten haben, um den Auslandsabfah zu fördern, ihre Zuflucht zur Goldabwertung genommen. Auch Amerika verfolgt mit seiner Geldabwertung als Nebenweg die Herabsetzung der Auslandspreise — Hauptziel ist ihm allerdings eine allgemeine Verminderung des die Wirtschaft schwer bedrückenden Leihkapitals und überflüssigen Anlagekapitals.

Mit der Verringerung des Wertmaßes kann man nur vorübergehend die wirklichen Kaufswerte ändern, nur vorübergehend die Verkaufspreise auf unnatürlich niedriger Höhe halten; über kurz oder lang paßt sich der Kaufswert den wirklichen Herstellungskosten an. Eine Wirtung aber bleibt: das ist die der Geldentwertung entsprechende Verminderung der auf der Wirtschaft, auf den Betrieben und anteilig in den Selbstkosten ruhenden Schuldenlast und ist eine starke Verminderung des Anlagekapitals bzw. der Abschreibungen und Zinsen dieses Anlagekapitals.

Macdonald und Roosevelt haben mit dem scharfen Messer der Pfunde- und Dollarabwertung einen tiefen Schnitt in das Kapital geführt und haben damit der Wirtschaft ihrer Länder eine große Entlastung verschafft, die in einer verstärkten Wettbewerbsfähigkeit, einem größeren Absatz und in einer rascheren Genesung der Wirtschaft zum Ausdruck kommt.

Wir bekommen diesen Roosevelt-Schnitt ins Kapital auf dem Weltmarkte zu spüren.

Je niedriger die Kampfpreise auf dem Weltmarkte sind, um so mehr sucht jede Regierung die eigene Wirtschaft im eigenen Lande gegen die fremdländischen Schleuderpreise zu schützen, um so höher werden die Schutzzölle, um so zahlreicher werden die Einfuhrverbote.

Die Länder schließen sich also immer mehr gegeneinander ab und kehren zu einer Art Selbstversorgung zurück, die naturgemäß wie jede andere Selbstversorgung zu einer Schrumpfung der Wirtschaft und der Lebenshaltung führen muß.

Der krankhafte Zustand der Weltwirtschaft und die Unzulänglichkeit der Selbstversorgung haben neue Formen des Welt Handels entstehen lassen.

Die Einfuhrverbote und die Einfuhrbeschränkungen und -erschwernisse werden immer mehr durchbrochen und ersetzt durch die sogenannte Kontingentswirtschaft: den unmittelbaren gegenseitigen Warentausch. Jedes Land kauft nur Waren, wenn ihm vom verkaufenden Lande gleichzeitig Waren im gleichen Werte abgekauft werden. Auf diese Weise sind Handelsbilanz und Zahlungsbilanz der Länder untereinander immer ausgeglichen und aufeinander abgestimmt, die Währung gesichert.

Ueber den — schwerfälligen, einengenden — unmittelbaren Warentausch und über die Selbstversorgung hinaus sucht jedes Land noch möglichst viel zusätzliche Waren zu verkaufen, was ihm gelegentlich gelingt und vor allem gelingt bei Ländern, die ihren Außenhandel nicht streng genug nach den oben entwickelten Grundsätzen führen.

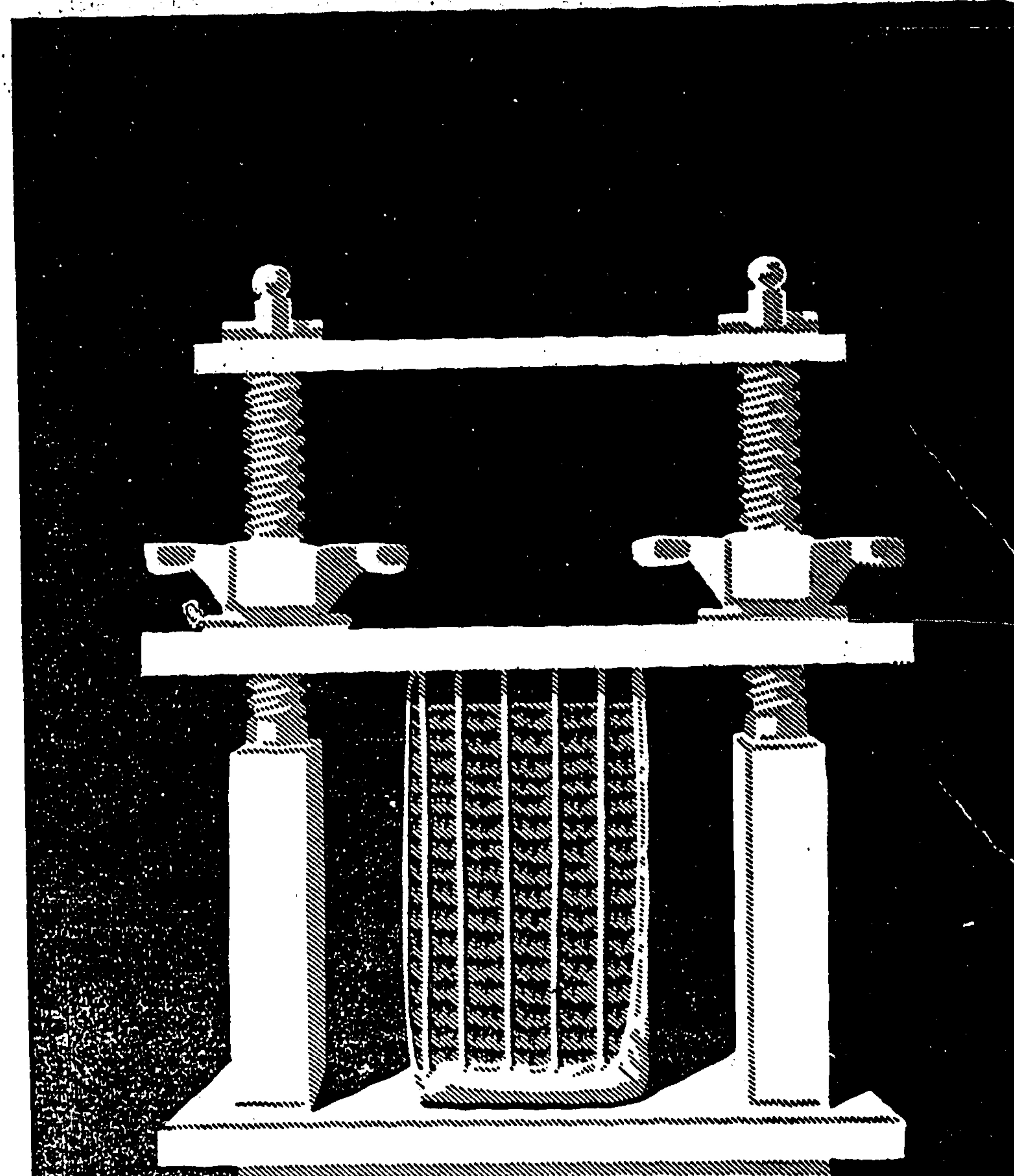
Diese Zustände im Welthandel zwingen jeden Staat, seinen Außenhandel streng zu überwachen, ihn straff zusammenzufassen und einheitlich zu leiten. Das Land, das hier nicht genügend Obacht gibt, wird bald mit allen Ländern eine passive Handelsbilanz haben.

Für Deutschland ist ein solches straffes Zusammenfassen des Außenhandels besonders zwingend und dringend; denn nur so können wir die Kaufkraft von 65 Millionen Menschen — unter den heutigen Verhältnissen fast unsere einzige, aber auch sehr starke volkswirtschaftliche Kraft — geschlossen an der entscheidenden Stelle einsetzen und sie bestmöglichst verwerten.

Der für unseren Außenhandel verantwortliche Führer muß daher nahezu unbeschränkte Vollmachten haben gegenüber allen anderen, mit dem Außenhandel irgendwie in Beziehung stehenden Stellen des Staates und der Wirtschaft.

Der geschilderten Entwicklung des Welt Handels trägt auch unsere Regierung Rechnung. Die in der letzten Zeit abgeschlossenen Handelsverträge — so u. a. mit Holland und Finnland — legen Zeugnis davon ab. Hand in Hand mit dem Abschluß der neuen Handelsverträge gehen die Bestrebungen und Maßnahmen zur straffen Zusammenfassung und einheitlichen Leitung des gesamten Außenhandels.

Vielen Volksgenossen mag das Tempo nicht immer frisch genug erscheinen; doch wer nicht in



Die Ballenpresse
ist eines
der ablehnwürdigsten
Handwerksgeräte,
die auch heute noch
nicht ersetzt werden
können, wenn es sich
um eine sorgfältige,
kunstvolle Tabakpflege
handelt.

ERNTEN 28 BIS 30 + MUSTERCIGARETTEN + MISCHUNGSNUMMER R 6 o/M

Diese Cigaretten werden in den Fabriken des technischen Musterbetriebes in Altona-Bahrenfeld nach den völlig neuen Methoden hergestellt. Der ungewöhnlich zarte und reine Charakter dieser Mischung beruht darauf, daß sämtliche Tabake zweimal durch die Mühle gehen und ausschließlich ohne Mundstück hergestellt. Die Mischung besteht aus folgenden Distrikten:

REEMTSMA
SORTEN

Die Cigaretten sind Muster für die Produktion und neuer Fabrikationsmethoden, die die Tabakqualität erhöhen und die Herstellung auf dem höchsten Grade der Reinheit sichern.

REEMTSMA CIGARETTENFABRIKEN G. M. B. H. ALTONA - BAHRENFELD

Doppelt
fermentiert

4 1/2

den Dingen selbst steht, unterschätzt meistens die praktischen Schwierigkeiten, mit denen nun einmal jede Neuerung zu kämpfen hat; er unterschätzt vor allem die inneren und äußeren Hemmnisse großer staatlicher und wirtschaftlicher Einrichtungen und Gliederungen. Immerhin können wir den verantwortlichen Führern der Wirtschaft und der Volkswirtschaft gar nicht genug Zivil-Courage wünschen; denn wir leben in sehr bewegten und weltbewegenden Zeiten.

Man mag die Ausschaltung des freien Wettbewerbs und die Rückkehr und den Rückschritt zu den niedrigeren Wirtschaftsstufen der Selbstversorgung und des Gegentausches bedauern; so wie die Dinge liegen, läßt sich wenig daran ändern, von einem einzelnen Lande schon gar nicht.

Es gibt übrigens keinen anderen Weg, wieder zu einer geordneten Wirtschaft zu kommen, in der die alten Grundzüge des ehrbaren Kaufmanns gelten. Nur wenn wir von unten aus, auf fester sicherer Grundlage die Wirtschaft neu aufbauen, können wir wieder Vertrauen in der wirtschaftlichen und — soweit dies möglich ist — auch in der politischen Welt aufbringen.

Es ist anzunehmen, daß die Welt eines Tages wieder vernünftig wird und daß in der Weltwirtschaft wieder ein gesunder Wettbewerb, ein sportlich, ehrlicher Kaufmannsgeist, Hanseatengeist, herrscht.

Auf dem Wege dahin müssen einige z. T. sehr schwere Hindernisse hinweggeräumt werden.

So müssen die hohen Zollmauern zwischen den einzelnen Ländern fallen und die Einfuhrbeschränkungen aufgehoben werden. Das Niederlegen der Zollmauern und das Abreißen der Schlagschäume hat aber erst dann einen Sinn, und kann erst dann geschehen, wenn man wieder allgemein zu einer kaufmännisch einwandfreien Preisberechnung und Preisstellung übergegangen ist.

Die Länder, die entwertetes oder abgewertetes Geld haben, müssen wieder zu einer wertvollen Währung, zu einem festen Wertmaß zurückkehren. Es ist damit zu rechnen, daß dies zum mindesten in den Großstaaten in allernächster Zeit geschieht.

Eine weitere Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft ist eine genaue Klärung und eine mit Vernunft, Menschenwürde und Volkswürde in Einklang stehende Regelung der zwischenstaatlichen Schulden und ihrer Tilgung.

Eine der größten Störungen und Beunruhigungen in der Volkswirtschaft wird hervorgerufen durch die Mißbilligkeit zwischen der Zahlungsverpflichtung und der Zahlungsmöglichkeit Deutschlands an das Ausland. Deutschland könnte seinen Verpflichtungen anerkanntermaßen nur durch Warenlieferungen nachkommen. Diese einzig mögliche Art der Bezahlung wird aber durch Einfuhrverbote und Sperrzölle unmöglich gemacht. Man könnte uns mit gleichem Recht, bei Strafe von Sanktionen, die Aufgabe stellen, die Quadratur des Kreises zu lösen. Ebensovienig, wie wir den Kreis in ein Quadrat verwandeln können, ebensovienig können wir unter den heutigen Verhältnissen unsere Schulden bezahlen.

Würde man die Sperrzölle und Einfuhrverbote aufheben, ohne vorher die zwischenstaatlichen Schulden zu regeln, so würde das Wirtschaftsleben sofort wieder eine unerträgliche Störung und Beunruhigung erleiden.

Schließlich — und das ist etwas, was uns Deutsche ganz besonders angeht — muß verhindert werden, daß auf dem Weltmarkte weit unter Inlandspreisen verkauft wird.

Daß sich eine solche unterschiedliche Preisbildung hat einstellen können, ist vor allem begründet in dem heute in der Wirtschaft allgemein herrschenden Kollektivismus, der es gestattet, für das Inland Willkür-Kollektivpreise — natürlich möglichst hoch — festzusetzen, auf deren Kosten dann auf dem Auslandsmarkte geschleudert werden kann oder richtiger geschleudert werden muß — denn die Kollektive befinden sich hier meist in einer Not- und Zwangslage.

In der deutschen Wirtschaft hat sich die Preispolitik der Kollektive in einer besonders schädlichen Art herausgebildet.

Unsere Kartelle, Trusts und ähnliche Kollektivgebilde nehmen gerade für die Rohstoffe erhöhte und überhöhte Inlandspreise — was seinen Grund darin hat, daß sich in den Schlüsselgewerben am leichtesten ein vollständiger Kollektivismus schaffen läßt. Unsere gesamte weiterverarbeitende Industrie muß gewissermaßen hohe Einfuhrzölle, teilweise sogar Sperrzölle an die kollektiven Schlüsselgewerbe des eigenen Landes zahlen und ist damit für viele Waren auf dem Weltmarkte nicht mehr wettbewerbsfähig.

Diese Schwächung, ja teilweise Vernichtung, der Wettbewerbsfähigkeit unserer Fertigerwerke ist deshalb so besonders schädlich, weil wir unsere beste volkswirtschaftliche Kraft, die gut geschulten, ordnungs- und befehlsgewohnten Ingenieure und Facharbeiter, gar nicht in den Wettkampf einsehen können.

Die niedrigen ausländischen Rohstoffpreise bedeuten doch Subventionen, die unsere kapitalistischen Kollektive den ausländischen Fertigerwerken zuwenden.

Jeder Monat, in dem wir diese Subventionen zahlen, bedeutet eine weitere Stärkung der ausländischen Fertigerwerke und eine Schwächung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit.

Zu alledem sucht man uns noch in der Welt als die Störenfriede und als die unehrbaren Kaufleute hinzustellen. Man macht uns — jähbar nicht einmal ohne Grund und nicht ohne unsere Schuld — den Vorwurf des Dumpings, der Preisshleuderei.

In Wirklichkeit ist die sonderbare Preisgestaltung eine Abwehrmaßnahme gegen das Valutadumping der übrigen Länder und letzten Endes eine Folge der grausamen, aller Vernunft und Menschlichkeit höhnsprechenden Bestimmungen des Versailler Vertrages; und sie sind schließlich eine Folge der von den früheren Regierungen nicht nur geduldeten, sondern z. T. geförderten kranken Sch-Politik der kapitalistischen Kollektive und daher der wirtschaftlichen Anarchie. Das Ausland befindet sich jedenfalls in einem großen Irrtum, wenn es uns und unsere Regierung die unterschiedliche Preisstellung als Bosheit ansieht.

Wir wollen heute nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern wollen das in einem späteren besonderen Aufsatz „Wirtschaftliche Kleinhafterei“ tun.

Es sei heute nur darauf hingewiesen, daß die Preisstörung der Landwirtschaft ihre Hauptursache in den kapitalistischen Kollektivpreisen und Kollektivzöllen hat und daß die verkehrte Preispolitik letzten Endes niemandem Vorteil bringt, sondern daß wir lediglich unsere gesamte Preis- und Lohnfläche beträchtlich erhöhen, auf diese Weise unsere Wettbewerbsfähigkeit beträchtlich schwächen, und den Abzug und die Beschäftigungsmöglichkeit beträchtlich vermindern.

Wir verkennen keineswegs die großen Schwierigkeiten, die eine vollständige Umstellung der kranken Wirtschaft bereitet; aber wir können uns es erlauben, darüber zu distanzieren; denn der Entschluß wird uns dadurch erleichtert, daß man uns keine Wahl lassen wird.

Wenn Pfund und Dollar wieder wertfest sind — und das wird bald sein — dann wird man uns einen Verkauf auf dem Weltmarkte unter Inlandspreisen verbieten und unterbinden.

Stellen wir unsere gesamte Wirtschaft nicht rechtzeitig, rasch und entschlossen um, so hört im gegebenen Augenblick unser Außenhandel vollends auf. Das wäre ein Schlag und ein Rückschlag, den unsere Wirtschaft und Volkswirtschaft vielleicht nie mehr überwinden würde und der um so härter sein wird, je unvorbereiteter er uns trifft.

Es gibt nur zwei Wege zur baldigen Gesundung der Wirtschaft: die Geldabwertung oder den unmittelbaren Eingriff in die Wirtschaft.

Eine Geldabwertung kommt nicht in Betracht. Wir Deutsche sind auf Grund recht bitterer Erfahrungen so sachkundig auf diesem Gebiete, daß wir keinerlei Erklärungen und Begründungen für die Unmöglichkeit einer Geldabwertung zu geben brauchen. Die größte Gefahr läge darin, daß die planmäßige, zielgesteckte Abwertung in eine planlose und uferlose Entwertung umschliege.

Es bleiben somit nur die unmittelbaren Eingriffe in die Wirtschaft. Diese Eingriffe müssen, sollen sie nicht zu unübersehbaren Störungen und Schäden führen, planmäßig sachkundig, umsichtig und mit weiser Beschränkung erfolgen. Voraussetzung für einen solchen Umbau der Wirtschaft ist, daß sich die wirtschaftlichen und die vielleicht noch stärkeren organisatorischen Kampf- und Schlüsselstellungen der Wirtschaft fest in der Hand der verantwortlichen staatlichen Führung befinden.

Ein solcher unmittelbarer Eingriff in die Wirtschaft hat gegenüber einer Geldabwertung neben manchem anderen den großen Vorzug, daß vor allem das Kapital abgebaut werden kann, das den Kreislauf der Wirtschaft am meisten stört und belastet. Das wären also in erster Linie die Kollektivschulden und das überflüssige und überflüssige Anlagekapital der Kollektive. Ferner kann man die Krisen- und Inflationsgewinne in weit stärkerem Maße heranziehen als das ehrlich und fauer verdiente Geld — bei einer Geldabwertung ist das Umgekehrte der Fall.

Der Staat braucht nur da einzugreifen, wo der freie, oder, um nicht mißverstanden zu werden, der gesunde Wettbewerb durch die Kollektive ausgeschlossen ist, oder wo dieser Wettbewerb seine Aufgabe, ein freier, natürlicher und gerechter Regler des Wirtschaftslebens zu sein, nicht mehr in genügender Maße erfüllt.

Es würde sich also um eine unbeschränkte, sich selbst beschränkende, gebietlich und zeitlich begrenzte Wirtschaftsdiktatur handeln, oder, wie ich das vor zwölf Jahren genannt habe: „ein auf Frieden und Friedensarbeit gerichtetes Hindenburg-Programm“).

Mit dem Gesetz der nationalen Arbeit hat unsere Regierung diesen Weg beschritten. Daß die verantwortlichen Männer der Regierung die Lage klar erkennen und daß sie die weiteren aus dieser Erkenntnis sich ergebenden Folgerungen ziehen werden, geht daraus hervor, daß sie das Gesetz zur Förderung der nationalen Arbeit als ein vorbereitetes Gesetz bezeichnen.

Diese Einstellung der Regierung sollten jene Kreise sich zum Vorbild nehmen, die sich immer noch nicht befreien können aus dem Gewirr und Getripp liberalistisch-kapitalistischer Gedankengänge.

Es mag dem einen oder dem anderen schwer fallen, sich einzugestehen und sich damit abzufinden, daß die Zeiten und das Zeitalter des Kapitalismus, insbesondere des Kollektivkapitalismus, vorüber sind. Die Wahrheit wird sich auch hier stärker erweisen als die Angst vor der Wahrheit.

„Mag ins Abendrot versunken
Trüben Muts ein Träumer klagen,
Doch der Blick des Wohlberiten
Grüßt im Ost das junge Tagen.“

1) Otto Krull, „Die Wirtschaftsordnung der Freiheit und Gerechtigkeit“, Neupädagogischer Verlag, Annaberg i. Sachsen, 1922.

Bei dem unvermeidlichen Abbau des Kapitals muß der Staat gütlich und ermunternd zureden und muß bei denen, die besonders schwer und langsam begreifen, deutlicher, in einzelnen, besonders schwierig gelagerten Fällen, auch wohl handgreiflich werden.

Entscheidend bei allem muß sein, die feststehende unerschütterliche Tatsache, daß die soziale Frage unter allen Umständen gelöst werden muß, und daß sie mit der kapitalistischen insbesondere mit der Kollektivkapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht gelöst werden kann.

Der Kapitalismus braucht keine ärztliche Hilfe mehr, es sei denn, man wolle ihm den Todeskampf kurz und leicht machen. Wir müssen rechtzeitig die Totengräber bestellen, damit der Kadaver nicht die Luft verpestet und das Blut des jungen Wirtschaftskörpers vergiftet.

Die Aufgabe der Ärzte ist, daß neue junge Leben, den Nationalsozialismus und die nationalsozialistische Wirtschaft, mit allen Mitteln und mit der besten ärztlichen Kunst zu fördern und zu stärken.

Es wäre ein Fehler, ein Kind, das die Masern hat auf Arterienverkalkung zu behandeln, weil seine Großtante im Sterben liegt.

Nationalsozialistisches Gedankengut hat die ganze Welt ergriffen und beginnt sie in Bewegung zu setzen. Trotz unserer überaus schweren politischen und wirtschaftlichen Lage haben wir die große Aussicht, in diesem scharfen Wettbewerbs der Länder und Völker zu siegen. Die nationalsozialistische Revolution verpflichtet uns zu ganz besonderen Anstrengungen und Leistungen.

Wir müssen zur Rettung und Gesundung der Wirtschaft von den auf der Wirtschaft lastenden, aus Schulden und Bläskapital bestehenden Säulen, ein ansehnliches Stück abtragen und so die Wirtschaft fühlbar und befreiend entlasten. Den Kapitalismus nur angunabern ist zwecklos und kann lediglich Schaden stiften.

Wir kämpfen für eine große Idee unter einem großen Führer mit einem begeisterten marsch- und kampfbereiten, befehlsgewohnten und gefolgs-treuen Volke.

Wir Deutschen müssen — der schwierigeren Lage und der größeren Aufgabe entsprechend — mit einer alle Borstellungen an Kühnheit übersteigenden Schöpferkraft, einer eisernen, ver-

bissenen Entschlußkraft und Tatkraft, neue Wege gehen; wir müssen den deutschen Sozialismus, die deutsche Wirtschaftsordnung, Wirklichkeit werden lassen.

Dann, und nur dann, kann und wird auch der Außenhandel gesunden.

Otto Krull.

Der Reichswart

verfendet 4 laufende Reichswart-Folgen als **Werbe-Bezüge**

zum Preise von RM 0,50 für das gesamte Deutsche Reich und zu RM 0,60 nach dem Ausland.

Bitte machen Sie davon recht regen Gebrauch oder veranlassen Sie Ihren Freund oder Bekannten, diesen Betrag in Briefmarken oder auf unser Post-lapackkonto: Berlin 88 714 zu überweisen.

Reichswart-Verlagsges. m. b. H.
Berlin SW 11 (Europahaus)

Der deutsche Katholizismus im kommenden und im untergehenden Reich

Verfaßt von katholischen Theologen
Herausgegeben von Graf E. Reventlow
Preis: 0,90 RM.
Zu beziehen durch die Reichswart-Verlags-ges. m. b. H., Berlin SW 11, Europahaus

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Potsdam; für den Anzeigenteil: Graf Roger zu Reventlow, Berlin. Verlag: „Der Reichswart“ Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin SW 11, „Europahaus“, Eingang Anhalter Straße, 3. Etage (Sachlubl). Fernspr.: 1, 1. Jäger 2880. Druck: Nota-Druck G.m.b.H., Berlin. — Ueberlangren Manuskripten ist Rückporto beizulegen.

Durchschnittsausgabe:
I. Halbjahresverzeichnis 1934 22 750 Exemplare
Auflage dieser Ausgabe Nr. 18 = 28 000.

TEGA TEPPICHE GARDINEN
L'AUFER- u. MOBELSTOFFE
HANDARBEITEN FORDERN DIE KATALOG
LEIPZIGER- ECKE MARKGRAFENSTR. ZAHLUNG SERL.

MÖBELTRANSPORT
Spedition, Lagerung
Piano-Flügel-
Transport.
Sammelladung
RICHARD SCHULZE,
Spediteur, Berlin-Neukölln,
Bergstr. 86-87
Fernsprecher F2Neukölln 9632
Alte Garde

**Harz-
freunde**
die eine schöne, ruhige,
waldreiche Gegend be-
vorzugen, finden bei
mäßigen Preisen beste
Aufnahme mit u. ohne
Verpflegung, auch Diät-
küche im Hause
Geschwister Brämer
Wernigerode am Harz
Tiergartenstr. 11

Eine
**interessante
Möbelschau**
bietet unsere Ausstellung, deren
kostenlose Besichtigung niemand
versäumen sollte, der sich mit
der Aussicht trägt, sein Heim aus-
zustatten. Wir zeigen Ihnen in
sieben Stockwerken Möbel von
handwerklicher Gediegenheit
und einzigartiger Schönheit. Un-
serer Erzeugnisse sind nicht teuer,
trotzdem aber sorgfältig ver-
arbeitet und daher von unüber-
troffener Haltbarkeit. Bitte
fordern Sie unseren Prospekt,
oder besuch Sie uns persönlich.
Einmal ganz umsonst unser
Kieslager an. — Unsere unauß-
erlässliche Bedienung wird Sie
erfreuen.
**Verkaufsgemeinschaft
Berliner Tischlermeister
Molkenmarkt 5**

**Wem oder Wo fehlt
eine starke Hand!**
Als passende Tätigkeit käme bei bes-
stimmten Ansprüchen alles in Frage,
was mit einer Vertrauensstellung, wie
Praxissekretär, Betriebs- oder
Feldleiter, Stütze des Chefs,
Empfangsbesorger, eine Ähnlichkeit
hätte. — Meine Kenntnisse: Ver-
waltungsbeamtenanwärter, 5 Semester
Firma und Volkswirtschaft, 2 Jahre in
kaufmännischer Ausbildung, flottes
Maschinenschreiben, Fremdsprachen,
Organisator, schrift- und redigierfähig,
Energie, zielbewusst und selbst-
ständiger Arbeiter! — Beste Lohnan-
forderungen. 25 Jahre. 1. Referenzen. —
Angebote erbeten unter Brief N. 2. 100
„Reichswart“, Verlagsges., Berlin SW 11

**Daunen-
Decken**
aus erster Hand
Auch Autarbeitung
Eigene Fabrikation
28. — 35. — 45. — 55. — Mk.
Betten + Bettstellen + Bettfedern
Inlette + Matratzen + Kinderbetten
Betten-Schoneri
Berlin SO 36, Oranienstraße 12
Nähe Hochbahnh., Görlitzer Bahn!
Fernspr.: F 8, Oberbaum 0833

Wasserpfeife
das Haus der angenehmen Gesundheitspflege
zu Ulrich im Südharz / Antikdiagnose
Sickerhier-Gesundheitsbäder
/// Rückgratpflege ///

**ADG und
Hauer-Schriften**
sämtlich zu haben
Ernst Poppe
Breslau,
Schmiedebühl
36/38 u. Renje-
straße 28.

Wir liefern Ihnen den „Reichswart“ in der Zeit bis zum 21. Mai 1934
kostenlos, wenn Sie untenstehenden Bestellzettel ausgefüllt an uns einsenden
Hiermit stelle ich bei der „Reichswart“-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin SW 11, Europahaus, für ein Vierteljahr
die Zeitschrift „Reichswart“ zum Bezugspreis von vierteljährlich RM 1,80 für Berlin, RM 3,— für auswärts, einschließlich
Postgebühren, bestellt. Erfolgt vor Ablauf des Vierteljahres keine Abbestellung, so verlängert sich das Abonnement jeweils um ein Vierteljahr.
Name: _____ Stadt: _____
Vorname: _____ Straße: _____
Erfüllungsort: Berlin-Mitte
Bitte deutlich schreiben: Diesen Bestellzettel in unerschlossenem Umschlag als Drucklage unfrankiert an „Reichswart“
— Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin SW 11, Europahaus, senden — Nichtzustandekommen durch Zustreichern.

Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung (ADG)

Vorsitzender: Prof. Dr. S. W. Hauer, Tübingen, Eberhardshöhe.
 Stellvert. Vorsitzender: Graf E. zu Reventlow, Potsdam, Gr. Weinmeisterstraße 62.
 Hauptgeschäftsstelle: Paul Zapp, Tübingen, Nägelestraße 19.
 Kasse: Postcheckkonto Paul Zapp, Berlin 25 330, für „ADG“.

Oberbau und Unsichtbares

Ein Gelegenheitsvergleich.

Sieht der Landmann zum erstenmal einen Dampfer, so ist er zur Annahme geneigt, daß der so stolz und mächtig aussehende Oberbau, der mit der Wasserlinie abschneidet, das Ganze, unter allen Umständen aber die „Hauptache“ sei. Selbst auf Belehrung kann er sich zunächst kaum vorstellen, daß der Unterwasserteil des Schiffkörpers tiefer hinunterreicht, als der sichtbare Teil nach oben, daß er dem Schiff seine Stabilität bei Unwettern und Seeegang gibt, die lebengebenden Teile: die Maschinen, Heizstoff etc. enthalten, daß Schwimmlage, Vorwärtsbewegung und Richtungsgebung nur durch diejenen unsichtbaren Teil des Schiffkörpers ermöglicht und erreicht wird.

Vergleiche hinten und werden diesen Fehler immer haben, aber der angebotene erinnert gleichwohl an das Leben des Menschen, nur daß wir den Begriff des Unsichtbaren, wie alles andere auch weiter fassen müssen. Was den Menschen hält, stützt und führt, sein inneres Leben über seinen „Oberbau“ herrschen läßt, das ist eben das, das in höheren und tieferen Sinne „Unsichtbare“, das was der Verstand weder zu erkennen, noch zu konstruieren vermag, weil es nicht in seiner Ebene liegt. Es sind das Kräfte, die nicht die Persönlichkeit, nicht das Individuum sind, sich aber an diese wenden, Aufnahmefähigkeit finden und Rückwirkung hervorbringen, nach dem Gedanken des Plotinos, den Goethe dichterisch geformt hat: „Lag' nicht in uns des Gottes eigne Kraft, wie könnt' uns Göttliches entzücken?“

Art und Formen, wie wir das Unsichtbare und Unerkennbare „ansetzen“, sind durch das Blut, die Nasse bedingt, darüber hinaus auch durch den Boden, freilich in einem anderen Sinne, als man es heute durchschnittlich zu verstehen pflegt. Die innerlichen Unterschiede und Gegenfänge zwischen dem, auch dem vorwiegend nordisch bestimmten Deutschen, dem Holländer, dem Briten und dem Skandinavier sind sehr groß und hier und da sehr scharf. Das wird uns heute mehr denn je wieder bewußt, gerade uns, die wir mitten in der deutschen religiösen Säkularisation und ihre Träger mit zu sein versuchen! Sogar auf der Stockholmer Konferenz der Evangelischen Kirchen im Jahre 1925, also unter hohen Geistlichen, welche die gleiche Glaubensgrundlage hatten, zeigten sich so tiefgehende Unterschiede und eine solche Schwierigkeit, vielfach Unmöglichkeit, zu religiösem Verständnis, daß man meist kopfschüttelnd und oft entsetzt nach Hause fuhr und jeder Teil vom anderen sagte: das sei doch der „richtige“ Protestantismus nicht.

Das Blut hat durch den Nationalsozialismus seinen Rang in Deutschland wiedererhalten, die Wirkung des „Bodens“ auf das Blut, gerade bei starken, dauernden Boden- und Umweltveränderungen, — wohl noch nicht. Aber das ist eine Sache für sich.

Das geahnte und empfundene „Transzendente“, jenseits aller unserer inneren Möglichkeiten liegende, uns fern religiösen Wesensboden Befruchtende steht jenseits auch unsferes Blutes. Wir färben es unsererseits mit unserem Blut und geben ihm zugleich für uns neben der Farbe auch die uns artgemäße Form, ob wir uns dessen immer bewußt sind oder nicht.

Bewußt bleiben soll sich der Mensch, der eines freien deutschen Glaubens lebt, daß dieses Leuchte in jedem Sinne Unsichtbare uns erst das eigentliche, also das höhere Leben gibt, und daß auch der stolze Oberbau nichts wert ist, wenn er für sich bleibt, nicht aus einem Stück mit dem lebengebenden Unsichtbaren besteht. Es scheint, daß die Deutschen ganz besonders das Bewußtsein, jedenfalls die Ahnung der Notwendigkeit dieses Zusammenhanges haben. In irgendeiner Weise sind sie immer unglücklich, wenn es ihnen verloren gegangen ist. Und — das ist das Kriterium: derjenigen Deutschen, welche es nicht mehr im Christentum finden, werden immer mehr, nicht aus Bosheit, nicht aus Dummheit, sondern eben: sie suchen und — finden nichts, nichts mehr für sich im Christentum! Es ist tief unsinnig, ihnen das übel zu nehmen, gegen sie zu wettern, weil ihr Wesen sie treibt, und sie nun den „Schein des Himmelslichtes“ in sich selbst suchen und entdecken, den das göttliche Wesen ihnen zukommen läßt.

Auch lebendigste, gefühlte Volksgenossenschaft im Außen- und Innenleben entbindet den Deutschen nicht von dem zwingenden inneren Zug zu einem höheren, reineren Etwas, in dem er mit sich und dem anderen Etwas, das ihn nach oben zieht, allein sein kann. Fern von allem, mit Recht von uns verdammt, Individualismus, bleibt doch die Persönlichkeit das Unteilbare, das „Individuum“, und, wie gleich hinzugefügt werden muß, wachsen Wert und Stärke der Persönlichkeit mit der Kraft ihrer Hingabe für das Ganze der Volksgenossenschaft.

Religion und Religiöses müssen in ihrer Sphäre des Unausprechlichen bleiben, sonst sind schnell und mit einem Male ein neu kultivierter Rationalismus oder ein, wenn schon abstrakter, Materialismus da. Eckhart pries den Lebemeister vor dem Lehrmeister, — er selbst war beides — und vergaß nie, weder in der Lehre noch im Leben, daß dessen eigentliche Wirklichkeit nicht die Welt der Erscheinung bedeutet. Goethe, der ein lauges, beispiellos reiches fruchtbares Leben der Arbeit gelebt hatte, konnte dabei ohne Widerspruch mit sich selbst noch mit seinem Leben, zum Schluß sagen, daß alles Vergängliche nur Gleichnis sei und das Leben nur ein farbiger Abglanz dessen, was uns unerkennbar und unsagbar bleiben muß.

Wir glauben, obgleich es Vielen paradox klingen mag, daß auch die heutige deutsche Jugend in aller ihrer selbstbewußten Aktivität diese Stelle der Stille im eigenen Wesen wissen und finden muß. Der Drang zur Religion, zum Religiösen, wird sich als stärker erweisen, denn im früheren Deutschland, auch dem Vorkriegsdeutschland, wo die Suchenden, weltanschaulich wie religiös, in höherem Grade Zweifelpalten und verschiedenen wirkenden Kräften innerlich ausgesetzt waren.

Prof. Dr. S. W. Hauer, Tübingen, Vorsitzender der ADG

spricht in der Lessinghochschule, Berlin W 62, Reichstraße 11, am Mittwoch, dem 16. Mai, 8,30 Uhr abends, über die

„Deutsche Glaubensbewegung in ihren religiösen- und geistesgeschichtlichen Zusammenhängen“

Am Donnerstag, dem 17. Mai, 8,30 Uhr abends, über

„Der Unterschied zwischen arischer- und vorderasiatisch-semitischer Religiosität“

Karten für jeden Vortrag RM. 1,50, für Einl. 50 Pf., Mitglieder der ADG, Studierende und Arbeitslose zum halben Preis durch die Redaktion des „Reichswart“ und an der Abendkasse der Lessinghochschule

Auf Einzelfragen kommt es aber wenig an, sondern auf die Erkenntnis, daß der „Oberbau“ seinen Wert, sein Wesen, seinen Zweck erst durch das ihn tragende und führende „Unsichtbare“ erhält und behält.

„Auseinandersetzung?“

Die Deutsch-evangelische Wochenzeitung, der „Reichsbote“, behandelt in seiner Nummer 39 wieder sein wiederholt angelegenes Thema: eine „Auseinandersetzung“ der Evangelischen Kirche mit dem „Neuheidentum“ und wendet sich zum Schluß an mich mit der Bemerkung: die Kirche der Reformation im neuen Deutschland — der Gedanke sei von beherrschender Notwendigkeit — „die Kirche des Herrn Jesus Christus im erneuerten Vaterlande“. Sie nur kann mit den Brüdern aus dem Neuheidentum ernst und entschlossen sprechen“. Sie bedürfte keiner Kampfhaltung, „sondern findet auch dann den kämpferischen Einsatz für die anderen und ihren — wie wir meinen — verhängnisvollen Weg. Angesichts dieser Einstellung kann dann auch ein Führer der Deutschen Glaubensbewegung von der Art des Grafen Reventlow sich eine Entgegnung auf Gedanken, die wir ihm wiederholt nahegebracht haben, nicht so verzweifelt leicht machen, wie er das in der jüngsten Ausgabe seiner Wochenschrift leider getan.“

Damit ist der Artikel in Nr. 15 des „Reichswart“ gemeint: „Ein Vorschlag an die Geistlichen“. Es war der Vorschlag zum Frieden, durch Abgabe einer Erklärung der evangelischen Geistlichkeit:

„Jede Benachteiligung deutscher Nichtchristen, jeder Druck auf sie, sei unbedingt zu verwerfen; ein nichtchristlicher Deutscher sei ein ebenso guter Deutscher und Nationalsozialist wie ein christlicher; man sei für Gewissensfreiheit aller nichtchristlichen Deutschen, man achte deren religiöse Überzeugung und Anschauung und sei bereit, in beiderseitiger Gleichberechtigung völkergemeinschaftlich mit ihnen zu leben und zusammen zu arbeiten.“

Dann, so folgerten wir, würde der Friede da sein.

Es ist richtig, der „Reichsbote“ hat mich verschiedentlich zu einer Auseinandersetzung aufgefordert und anzuregen versucht. Wenn ich nicht darauf eingegangen bin, so war die Überlegung maßgebend, daß es religiös zwischen der Evangelischen Kirche und der Deutschen Glaubensbewegung nichts „auseinanderzusehen“ gibt. Wir sind ja bereits auseinandergefallen. Der „Reichsbote“ sagt zu Anfang seines Leitartikels:

„Wir wissen, daß hier eine Front wächst, mit der es für uns keine Kompromisse gibt“. — Wenn im Anschluß daran der „Reichsbote“ von einer notwendigen Klärung spricht, die von christlicher Seite vorgetrieben werden müsse, so ergibt sich daraus: die Evangelische Kirche findet, und zwar in steigendem Grade — eine Auseinandersetzung mit der Glaubensbewegung notwendig — für sich, während diese, die Deutsche Glaubensbewegung, ihrerseits dieses Bedürfnis nicht empfindet. Mit der Vertretung des evangelischen Christentums uns religiös auseinanderzusehen, bzw. zu besprechen, haben wir, das sei in aller völkergemeinschaftlichen Gesinnung gesagt, wirklich kein Bedürfnis.

Wir verstehen aber, daß ein solches Bedürfnis bei der Evangelischen Kirche vor-

Anordnung
 Ankündigungen und Berichte von Gauen und Ortsgemeinden werden künftig erst dann im „Reichswart“ veröffentlicht, wenn sie bei der Haupt-Geschäftsstelle in Tübingen vorgelegen haben.
 Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung.
 Der Vorsitzende.

Handen ist und wächst, sehen aber unsererseits wiederum keinen Anlaß, diesem Bedürfnis entgegenzukommen, ganz besonders nicht, bevor die Kirche sich zum mindesten im Sinne unseres neuen Friedensvorschlages geäußert hat. Bis jetzt ist es aber durchaus kaum in der evangelischen betonten Presse geblieben.

Solange uns die Evangelische Kirche durch ihren interessanten Stoßtrupp: die „Deutschen Christen“, als den inneren Feind behandelt, beschimpfen und verleumden läßt, unsere Mitglieder und Anhänger drangsalieren, vermögen wir ein Interesse an religiöser Auseinandersetzung mit evangelischen Persönlichkeiten bzw. Organen kaum zu hegen, deren, wie gesagt, Notwendigkeit für die Deutsche Glaubensbewegung überhaupt nicht besteht. Gleichwohl sind wir gern bereit, irgendein religiöses Thema mit der Evangelischen Kirche zu diskutieren. Das kann immer interessant sein. Um aber auch das zu wiederholen: ein Bedürfnis liegt nicht vor, und den Frieden eintreten zu lassen, liegt in der Hand der Evangelischen Kirche.

Daß der „Reichsbote“ den Weg des „Neuheidentums“ als verhängnisvoll ansieht, können wir verstehen, aber er und seine Gesinnungsgenossen werden uns schwerlich zur gleichen Auffassung bewegen können. Eine Stelle im Aufsatz des „Reichsbotes“ läßt darauf schließen, daß er noch nicht eingesehen hat oder noch nicht glaubt, daß die Deutsche Glaubensbewegung eine ausschließlich religiöse Bewegung ist. Wer das aber nicht sieht oder demgegenüber absichtlich die Augen schließt, verkennt das Wesen der Deutschen Glaubensbewegung in einem Grade, der eine Auseinandersetzung sogar über die eigentliche Natur der Gegenfänge zwischen Kirche und Glaubensbewegung unmöglich, jedenfalls aussichtslos macht.

Der „Hamburger Anzeiger“ schreibt: „Offener Brief des Landesbischofs Lügel an Direktor Friedrich Heitmüller“

Neuerdings ist eine gewisse Beunruhigung in unsere landeskirchlichen Gemeinden getreten durch den Austritt des Leiters der christlichen Gemeinschaft am Holstenwall, Direktor Friedrich Heitmüller, aus der Hamburgischen Landeskirche. Es geht obendrein das Gerücht, daß Direktor Heitmüller auch den Austritt der bisher landeskirchlichen Gemeinschaft am Holstenwall aus der Reichskirche vollzogen haben soll. Herr Landesbischof hält es darum für notwendig und gerechtfertigt, seinen Brief an Herrn Direktor Heitmüller vom 19. April 1934 allen hamburgischen Gemeinden und der ganzen evangelischen Bevölkerung Hamburgs zur Kenntnisnahme hier zu veröffentlichen.

Hamburg, den 19. April 1934.
 Herrn Direktor Heitmüller,
 Hamburg 19, Hoheweide 17.
 Sehr geehrter Herr Direktor!

Ihre Mitteilung, daß Sie aus der evangelisch-lutherischen Kirche Hamburgs ausgetreten sind, würde z. B. des Marxismus auf mich keinen Eindruck gemacht haben. Ich habe Sie immer für ein unzuverlässiges Glied der Landeskirche gehalten, und Ihre Beteuerungen vor ein paar Jahren, als Sie einmal nach mir auf der Kanzel der Michaeliskirche standen, niemals recht ernst genommen. Ich weiß ja aus Erfahrung, wie oft Sie Ihre Ansichten wechseln; ich brauche Sie nur auf Ihr politisches Hin und Her zu erinnern. Mir, der seit je gewohnt ist, eine klare Bahn unveränderlich, auch unter Kampf und Widerspruch zu verfolgen, nötigt Ihre Verwandlungsfähigkeit keinen besonderen Respekt ab. Wer noch im Jahre 1932 Hitler so bekämpfte hat wie Sie, um dann nach der großen Wende sehr bald im Braunhemd seinen Nationalsozialismus zu betonen, ist kein Mann, der mir imponieren kann. Was mich aber an Ihrem jetzigen Schritt bewegt, ist die Rücksicht auf die Öffentlichkeit. Haben Sie sich überlegt, wie gerade heute Ihr Schritt auf das Volk in unserer Stadt wirken muß? Ich möchte beinahe behaupten, daß Sie mit Ihrem Vorgehen die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden und behalte mir auch vor, bei den staatlichen Stellen meine Bedenken anzumelden. Sie können nicht sagen, daß Sie mit Ihrem Werk nun noch „Gemeinschaft“ im früheren Sinne darstellen; denn Gemeinschaft hat nur einen Sinn als Sammlung gläubiger Kreise irgendwie innerhalb der Landeskirche. Sie bilden mit dem, was Sie heute tun, eine Freikirche, und zwar keine der bisher anerkannten, sondern eine neue, deren Farblosigkeit über alle Begriffe geht. Wie Sie das vor dem Staat Adolf Hitlers, vor der neuen Volksgemeinschaft und vor der höchsten Instanz, nämlich vor Gott, der unserm Volk eine neue Stunde volkstümlicher Gesundung geschenkt hat, verantworten können, ist Ihre Sache. Ich glaube, daß auf Ihrer Lösung von unserer Kirche, der noch viele Ihrer treuen Gemeinschaftsmitglieder angehören, kein Segen ruhen wird. Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher; das werden auch Sie mit Ihrem Werk erfahren. Vielleicht denken Sie später noch einmal an dieses mein Wort zurück, das hart klingt, aber aus dem Gewissen eines Mannes kommt, der lieber die Wahrheit sagt, als sie vertuscht.

Ihr ergebener
 Lügel.

Wir kennen Herrn Direktor Heitmüller nicht, halten aber den Brief des Landesbischofs für eine recht charakteristische Leistung. Natürlich bleibt es dem Bischof unbenommen, seine Ansicht über andere Personen diesen zu sagen und sie auch der Öffentlichkeit bekannt zu geben, wenn er eine Zeitung dafür findet. Daß der „Hamburger Anzeiger“ gleichwohl einen derartigen Brief veröffentlicht, ist gleichwohl befremdend. Was der Landesbischof über Direktor Heitmüller denkt, ist seine Sache. Worauf es ankommt, ist aber die Tatsache, daß der Landesbischof seine mit Selbstlob gemischte Strafrede an Direktor Heitmüller lediglich aus dem Grunde halten zu dürfen glaubt, weil dieser aus der Kirche ausgetreten ist. Genügt das, um einen Volksgenossen in der öffentlichen Achtung herabzusehen?

Der Ton des Briefes und die Drohung mit Gottes Mühlen erinnert an den Propheten Elias, als der König Achab getan hatte, was Sahwe übel gefiel. Nur Jesabel sieht man leider nicht.

Arbeitswoche 1934

der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung, Pfingsten, vom 18.—23. Mai 1934 in Scharzfeld im Südharz.

Hauptthema: „Der religiöse Grundgehalt des deutschen Glaubens“.

- Arbeitsplan:
- 18.5. Anreisetag.
 Graf E. zu Reventlow: Einführender Vortrag über „Wesen und Bedeutung der ADG“.
 - 19.5. Prof. Hauer: „Sinn und Ziel der Arbeitswoche“.
 Prof. Fahrntrog: „Was ist deutscher Glaube?“
 D. S. Reuter: „Die Grundtatsachen der germanischen Weltanschauung“.
 - 20.5. Maifest und Weihe.
 Führerrat und Besprechung der Amtsträger.
 Prinz zur Lippe: „Rasse und Glauben“.
 - 21.5. Schweißen und Namensweißen.
 Prof. Günther: „Die Frömmigkeit der Indogermanen“.
 Prof. Mandel: „Die Spannung zwischen Selbstheit und Gottheit als Grundfrage arischer Religion“.
 Bühnenspiel „Gellana“.
 - 22.5. Dr. h. c. Paul Krannhals: „Religion als Sinnerfüllung des Lebens“.
 Dr. Werner Deubel: „Geistesreligion und Lebensreligion“.

23. 5. Morgenfeier.

Prof. Sauer: „Der deutsche Glaube als lebendige Wirklichkeit.“

Schlussfeier.

- Teilnahme-Bedingungen: 1. Zur Teilnahme berechtigt sind nur Mitglieder der ADG. Ausnahmen bestätigt nur die Hauptgeschäftsstelle...

Bekanntmachung

- 1. Öffentliche Vorträge und sonstige Veranstaltungen können vorbereitet werden a) von den Ortsgemeinden und Gauen, b) vom Hauptvortragsamt (HVA)...

Alle Ortsgemeindeleiter, welche die „Richtlinien für Redner und Ortsgemeindeleiter“ noch nicht unterschrieben haben, bitte ich das sofort nachzuholen...

Im Auftrag der Führung: Das Hauptvortragsamt. Dr. Bruno Böckel.

Groß-Berlin

Ortsgemeinde Tempelhofer: am Mittwoch, dem 9. Mai, abends 8 Uhr, veranstaltet die Ortsgemeinde im Casino-Restaurant Herrn Schulze...

Ortsgemeinde Moabit: am Freitag, dem 11. Mai, abends 8 Uhr, findet in den Hohenzollernsälen, Bondelstraße 35, ein Vortragsabend statt.

Ortsgemeinde Lichterfelde: Gemeinschaftsabend am Dienstag, dem 8. Mai, um 8 Uhr, in der Wohnung des DG-Leiters, Enzianstraße 1.

Gau Westfalen

Gauleitung: Wilhelm Moser, Dortmund-Brechten. Fernspr.: 35215.

Die Ortsgemeinden des Gaus werden gebeten, mir die Anschriften derjenigen Mitglieder bis zum 12. d. M. mitzuteilen, die an der Tagung in Scharzfeld teilnehmen.

Das Vortragsamt des Gaus, das für größere Veranstaltungen Redner zur Verfügung stellt, hat Walter Niederstebbruch, Herlohn i. W., Hardtstraße 5a, Fernspr.: 4706, in Händen.

Die Ortsgemeinden des Gaus werden jetzt schon auf die große Dortmunder Kundgebung der ADG, auf der Graf zu Reventlow sprechen wird, hingewiesen.

Gau Thüringen

Die Mitteilungen des Herrn A. S. Janssen in Nr. 12 vom 29. Ostermond haben zu Mißverständnissen geführt. Ich weise deshalb auf folgende Ergänzungen hin:

- 1. Ein Gau Thüringen (nicht Landesgemeinde) ist im Entstehen. 2. Herr A. S. Janssen ist zum vorläufigen Organisationsleiter bestellt (ein Gauobmann ist noch nicht ernannt).

Böckel, Berlin-Lichterfelde, Enzianstr. 1. Rednerausweise für die ADG werden nur vom Hauptvortragsamt ausgestellt.

Die Hauptgeschäftsstelle. Paul Japp.

ADG Groß-Hamburg

Ortsgemeindeführer: Otto Meyer, Hamburg-Fu., Maikenweg 274.

Dienstag, den 8. Mai 1934, von 18 1/2 bis 20 Uhr, Abrechnung der Karten für die Reventlow-Kundgebung auf der Geschäftsstelle Hamburg, Catharinenstr. 5.

Ueber die Veranstaltungen im Mai erhalten die Mitglieder ein Rundschreiben.

Ortsgemeinde Bochum

Anschrift: Gustav Frigge, Bochum, Weikerstraße 58.

Am 18. April hielt die Ortsgemeinde Bochum ihre erste Versammlung ab, die eine Anzahl von Freunden und Interessenten zusammenführte.

ADG Ortsgemeinde Braunschweig

Am Montag, dem 7. Mai, 20.15 Uhr, in der Volkshalle geschlossene Mitgliederversammlung, u. a. Besprechung der Veranstaltungen der Ortsgemeinde im Mai, Tagung in Scharzfeld, wichtige Preisfragen, Jugendwerk.

Ortsgemeinde Dortmund

In Ergänzung der Mitteilung in der letzten Reichswart-Ausgabe teilen wir mit, daß Graf zu Reventlow erst Anfang Juni d. J. in Dortmund sprechen wird.

Am 26. im Wonnemond d. J. spricht Prof. Fahrrentrog in Dortmund. Einzelheiten werden im „Reichswart“ noch bekanntgegeben.

Unser nächster Ortsgemeindeabend findet am Montag, dem 7. im Wonnemond, 20.15 Uhr, wieder in der Stadt-Konservatorium statt.

Im Himmelfahrt (10. im Wonnemond) wird die Ortsgemeinde eine Morgenfeier im Freien gestalten. Treffpunkt zur Tageswanderung (Selbstverpflegung!) 7 Uhr, Ecke Lindemann-Ernst-Eichhoff-Straße (Nikolaikirche).

Ortsgemeinde Essen

Die Ortsgemeinde Essen veranstaltete am 29. d. eine Morgenfeier, in deren Mittelpunkt „Der schaffende Mensch“ stand. — Ein Morgenlied, ein Sprechchor aus „Das Ewige Werden“ von Hans Groß, Bachs und Beethovens Musik umrahmten eine Ansprache des Ortsgemeindeleiters...

Ortsgemeinde Frankfurt a. M.

Der nächste Gemeinschaftsabend findet statt am Freitag, dem 11. Mai 1934, abends um 8 1/2 Uhr pünktlich. Das Lokal wird den Mitgliedern und schon eingeführten Gästen durch besonderes Rundschreiben noch bekanntgegeben.

Nächere schriftliche Auskunft erteilt: Dr. Hans Abel, Frankfurt am Main, Kottlinstr. 71. Telephonische Anfragen werden beantwortet von Rechtsanwalt Malende, Frankfurt am Main, unter Anruf 22627.

- 1. Der „Reichswart“, Wochenschrift. 2. „Deutscher Glaube“, Monatschrift.

Ortsgemeinde Freiburg i. Br.

Montag, 7. Mai, 20 1/4 Uhr, Stadtgartensaal (gegenüber der Festhalle) 1. Vortrag von G. March: „Niederlieferungsglaube und Erkenntnisglaube“; 2. Der Religionsparagraf (Artikel 24) des NS-Programms; 3. Aus der Bewegung. Interessenten und Freunde der ADG willkommen! — Ab 20 Uhr Gelegenheit zur Anmeldung, Auskunft und Beitragszahlung (Monat Mai fällig).

Görlitz

Volksgenossen, die sich anschließen und mitarbeiten wollen für die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung, können ihre Mitgliedschaft erwerben bei dem Vorsitzenden der am Orte bestehenden Gemeinde Deutschen Glaubens, Fritz Rixdorf, Hospitalstraße 28, 1. Vorsitzender.

Ortsgemeinde Hamborn

Leiter: W. Bortmann, Hamborn, Matener Straße Nr. 149. Anruf: 50 073.

Zusammenkünfte finden alle 14 Tage statt, um 20 Uhr, in der BG. Nächste Versammlung am 11. Mai 1934. Trotz der Anstrengungen unserer Gegner wächst die Zahl der Mitglieder in unserer Arbeiterstadt.

Dr. Geiner sprach am 27. April 1934 über den Mythos des 20. Jahrhunderts von Alf. Rosenberg. Die deutsche Ehre ist das heiligste Gebot des deutschen Menschen, die Grundlage jeder völkischen Erziehung.

Bei der Zusammenkunft am 11. Mai 1934 findet die Weihe für die neuen Mitglieder statt.

Ortsgemeinde Königsberg (Pr.)

Ortsgemeindeführer: Gerhard v. Franzius, Döfelstr. 14, Anruf 22 797.

Am Sonnabend, dem 5. Mai, 20 Uhr, findet im Roten Klubzimmer der Palästra (Am Fließ) ein Gemeindegabend mit Gästen statt.

Der studentische Arbeitskreis trifft sich jeden Donnerstag, 15 Uhr, im Stadtkeller, Adolf-Hitler-Straße, Ecke Wallring. Alle am Deutschen Glauben interessierten Studenten sind dazu eingeladen.

Ortsgemeinde Leipzig

Führer: S. R. Flurschütz, S 3, Dohnaweg 28. Geschäftsstelle: Schulstraße 1, II.

Am 27. April fand im großen Festsaal des Zoo eine eindrucksvolle Kundgebung der Ortsgemeinde statt. In dem bis auf den letzten Platz gefüllten Saal sprach Graf Ernst zu Reventlow über das Thema: „Ist Religion ohne Christentum möglich?“

Der Redner führte etwa folgendes aus: Wir stehen seit Jahrzehnten vor der Tatsache einer immer wachsenden Kirchenflucht, worüber auch die in letzter Zeit stattfindenden Massentrauerungen und Nachkonfirmationen nicht hinwegtäuschen können.

Die ADG ist keine Gemeinschaft von Gottlosen und Materialisten, wie die Gegner ihr das vielfach vorwerfen. Für die Materialisten ist die sichtbare Welt alles was es gibt.

Die ADG ist keine Gemeinschaft von Gottlosen und Materialisten, wie die Gegner ihr das vielfach vorwerfen. Für die Materialisten ist die sichtbare Welt alles was es gibt.

Die ADG ist keine Gemeinschaft von Gottlosen und Materialisten, wie die Gegner ihr das vielfach vorwerfen. Für die Materialisten ist die sichtbare Welt alles was es gibt.

Die ADG ist keine Gemeinschaft von Gottlosen und Materialisten, wie die Gegner ihr das vielfach vorwerfen. Für die Materialisten ist die sichtbare Welt alles was es gibt.

Die ADG ist keine Gemeinschaft von Gottlosen und Materialisten, wie die Gegner ihr das vielfach vorwerfen. Für die Materialisten ist die sichtbare Welt alles was es gibt.

Die ADG ist keine Gemeinschaft von Gottlosen und Materialisten, wie die Gegner ihr das vielfach vorwerfen. Für die Materialisten ist die sichtbare Welt alles was es gibt.

Die ADG ist keine Gemeinschaft von Gottlosen und Materialisten, wie die Gegner ihr das vielfach vorwerfen. Für die Materialisten ist die sichtbare Welt alles was es gibt.

Die ADG ist keine Gemeinschaft von Gottlosen und Materialisten, wie die Gegner ihr das vielfach vorwerfen. Für die Materialisten ist die sichtbare Welt alles was es gibt.

Die ADG ist keine Gemeinschaft von Gottlosen und Materialisten, wie die Gegner ihr das vielfach vorwerfen. Für die Materialisten ist die sichtbare Welt alles was es gibt.

Die ADG ist keine Gemeinschaft von Gottlosen und Materialisten, wie die Gegner ihr das vielfach vorwerfen. Für die Materialisten ist die sichtbare Welt alles was es gibt.

Religion. Er ging von Art. 24 des Programms der NSDAP aus. Was nach unserer deutschgläubigen Auffassung von der christlichen Moral noch brauchbar ist, ist dort als „positives Christentum“ (Gemeinnutz vor Eigennutz) bezeichnet.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.

Der Sittengefeh. Es handelt sich bei dem Sittengefeh um eine Naturgesetzlichkeit höherer Art, die — und hierin müssen wir über Kant hinausgehen — rassistisch bedingt ist.